

habe, sei der Patriotismus, der das chinesische Volk immer wieder zu hartem Kampf motiviert habe. Lin Zexu habe nationale Würde demonstriert, und auch heute müsse das chinesische Volk nationale Selbstachtung und Nationalstolz beweisen. "Wir können die Geschichte des nationalen Leids in den hundert Jahren nach dem Opiumkrieg und des Kampfes des chinesischen Volkes in dieser Periode nicht vergessen. Der Grund für die Rückschau auf die Vergangenheit ist, daß sie uns anspornt, weiter voranzuschreiten."

Die Implikationen dieser Sichtweise sind klar: Die kapitalistischen ausländischen Mächte werden nicht mehr als Partner, sondern als Gegner gesehen - sowohl in der Geschichte als auch in der Gegenwart. Die Äußerungen des Vizepräsidenten der ZK-Parteischule am 1. Juni sind ein beredtes Zeugnis für die propagandistische Ausnutzung des Opiumkrieges in der Gegenwart: "Wir erinnern uns an den Opiumkrieg, um die verbrecherische Invasion Chinas durch die Imperialisten aufzudecken und um unsere Wachsamkeit gegenüber der Strategie der Imperialisten, die friedliche Evolution herbeizuführen, zu erhöhen." (Radio Beijing, 1.6.90, nach SWB, 5.6.90) Aller Voraussicht nach wird die Reminiszenz an den Opiumkrieg den Anstoß dafür geben, daß in der Geschichtsschreibung wieder der Antiimperialismus zum Leitmotiv erhoben wird, nachdem dieser im Jahrzehnt der Reformen bereits als überwunden zu gelten hatte. -st-

*(32)

Angebliches Geheimdokument enthüllt Taktik der Partei gegenüber Auslandsstudenten

Einem Bericht der FEER vom 5.7.90 zufolge hat die in Hongkong erscheinende Zeitschrift *Dangdai* kürzlich ein angeblich durchgesichertes Dokument veröffentlicht, das aus Auszügen von Reden besteht, die auf einem geheimen Treffen führender Sicherheits-, Erziehungs- und Parteikader gehalten wurden. Das Treffen soll der Entwicklung von Strategien bezüglich der Spaltung chinesischer Auslandsstudenten und ihrer Rückgewinnung gedient haben. Interessant ist, daß dem Dokument zufolge davon ausgegangen wird, daß die Mehrzahl der Auslandsstudenten gegen die derzeitige Politik der Partei und Regierung in China einge-

stellt ist. Die auf dem Treffen entwickelte Strategie soll folgenden Inhalt haben: Das Ziel besteht darin, chinesische Dissidenten zu isolieren, bloßzustellen und fertigmachen; zugleich sollen möglichst viele Auslandsstudenten zurückgewonnen werden. Dabei sollen folgende Untergrundmethoden angewandt werden: Wiederaufbau der Parteiorganisationen an den amerikanischen Universitäten; wo dies nicht möglich ist, sollen kleine Zellen aufgebaut oder Einzelkontakte geknüpft werden; Erlangung der Kontrolle über die Freundschaftsgesellschaften.

In dem Dokument sollen die chinesischen Auslandsstudenten je nach dem Grad ihrer politischen Loyalität in fünf Gruppen eingeteilt sein: 1. Solche, die nach China zurückkehren wollen und Weisungen des chinesischen Botschafts- oder Konsulatspersonals entgegennehmen. Diese Studenten werden nach ihrer Rückkehr nach China in bezug auf Arbeitsplatz und Wohnung bevorzugt. Einige von ihnen sollen ermuntert werden, im Ausland zu bleiben, um dort mit Mitläufern Kontakt aufzunehmen. 2. Solche, die gegen die Politik und Grundsätze der Regierung sind, aber Patrioten sind und nicht offen gegen die Regierung opponieren. 3. Solche, die Dissidentenansichten haben und nicht nach China zurückkehren wollen, die sich jedoch nicht offen an Aktivitäten gegen die Regierung beteiligt haben. Die 2. und 3. Gruppe werden als die größten angesehen und sollen Hauptzielscheibe der Bemühungen der Partei sein. 4. Solche, die an Aktivitäten gegen die Regierung teilgenommen haben. Sie sollen kritisiert, erzogen und gespalten werden. Zu den Maßnahmen gegen sie gehören die Einstellung von Stipendien, die Rückforderung aller Ausgaben, die während des Auslandsstudiums angefallen sind, und die Beschränkung von Auslandsreisen ihrer Angehörigen. 5. "Reaktionäre Elemente", die aktiv Aktivitäten gegen die Regierung planen und organisieren, darunter solche, die um politisches Asyl gebeten haben, im Ausland stationierte Journalisten, die gegen die Partei gerichtete Ansichten propagieren, und Einzelpersonen, die andere ermuntert haben, in Anhörungen des US-Kongresses als Zeugen auszusagen und gegen China gerichtete Informationen weiterzugeben. Schrittweise sollen in dieser Gruppe die Pässe von etwa hundert Dissidenten eingezogen werden. Sie dürfen nicht nach

China zurückkehren, und ihre Angehörigen dürfen nicht ins Ausland reisen. Fünf oder sechs prominente Personen aus dieser Gruppe sollen für Charakterangriffe ausgewählt werden, z.B. der Dissidentenführer Wuer Kaixi.

Unabhängig davon, ob das Dokument echt ist, sind die darin geschilderten Methoden durchaus glaubwürdig. Es ist bekannt, daß das Personal der chinesischen Auslandsvertretungen offiziell beauftragt wurde, die Kontrolle über die Auslandsstudenten zu verstärken, und daß auch manch ein Regierungsstipendiat im Ausland zusätzliche Aufträge hat. Auch die Einteilung der Auslandsstudenten in die verschiedenen Kategorien klingt plausibel. Sie erinnert an die alte Einheitsfronttaktik, nach der die größte Aufmerksamkeit den Mitläufern und Schwankenden zu widmen ist, die für die Sache der Partei gewonnen werden sollen. Jiang Zemin's Versicherung, die Partei wolle gegenüber den Auslandsstudenten eine Politik der Einheit praktizieren, paßt in dieses Schema. -st-

Außenwirtschaft

*(33)

Chinesischer Großauftrag für Boeing

Die Civil Aviation Administration of China (CAAC) bestellte bei der Boeing Commercial Airplane Group 36 Boeing-Maschinen und erwarb Optionen für 36 weitere Maschinen. Der Gesamtwert des Auftrages inklusive der Optionen beträgt ca. 4 Mrd. US\$ und ist somit der größte Auftrag, den die CAAC vergeben hat.

Der Auftrag umfaßt fünf 747-400-Maschinen, eine Maschine vom Typ 747-200 F (ein Frachtflugzeug), vier Maschinen vom Typ 767 S, 13 Maschinen vom Typ 757 S sowie 13 weitere Maschinen vom Typ 737-300 S. Die ersten Flugzeuglieferungen sind nach Angaben von Boeing für das Jahr 1992 vorgesehen. (CD, 2.6.90) -lou-

*(34)

Weitere Erfolge im Satellitengeschäft

Langstreckenraketen hat die Volksrepublik seit 1964, doch dauerte es bis 1984, ehe es einen Satelliten in eine geostationäre Erdumlaufbahn schoß.

CHINA aktuell

Zwar scheiterte der erste Versuch, doch wurde seither fünfmal ohne Fehler oder Zwischenfälle eine Nutzlast im Weltraum ausgesetzt. Am 7. April 1990 wurde ein in Amerika hergestellter Satellit namens AsiaSat 1 in den Weltraum geschossen. Der Preis für den Start lag etwa ein Drittel unter den Preisen für die Beförderung mit europäischen Ariane-Raketen und amerikanischen Raketen. Immerhin erzielte China damit aber einen Erlös von 30 Mio. US\$ in harter Währung.

1988 hatten die Vereinigten Staaten eine Vereinbarung mit der Volksrepublik getroffen, daß innerhalb von sechs Jahren neun amerikanische Satelliten mit chinesischen Raketen ins All gebracht werden könnten, solange China mit seinen Beförderungspreisen die der amerikanischen Wettbewerber und der Ariane-Raketen nicht unterbieten würde. Von dieser Preisregel wurden jedoch AsiaSat und zwei Satellitenstarts für Australien ausgenommen. Die australische Regierung hatte die Vereinigten Staaten besonders gebeten, einen Start der in Amerika bestellten Satelliten in China zu erlauben.

Neuerdings hat die Volksrepublik abermals amerikanischen Unmut erregt, weil es seine Raketenstarts wieder zu günstig anbot. Damit gefährdete es seine Chance, weitere Satelliten ins All zu bringen, die in den Vereinigten Staaten produziert wurden. Gerade amerikanische Produkte stellen jedoch unter den auf dem internationalen Markt angebotenen Satelliten den größten Anteil. China hatte den Abschluß eines Vertrages mit ArabSat mitgeteilt, einem Gemeinschaftsprojekt mehrerer Regierungen, das gegenwärtig zwei Satelliten betreut, die den größten Teil des Mittleren Ostens versorgen. Der chinesische Preis: 20 Mio. US\$. Es erscheint unklar, warum China seine Raketen und Dienstleistungen zu einem so niedrigen Preis anbot - trotz der damit verbundenen Auswirkungen auf das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten.

Öffentlich verurteilt haben die Vereinigten Staaten den chinesischen Vertrag mit ArabSat noch nicht. Doch statt dessen hat sich Arianespace, die Verkaufsorganisation für die europäische Rakete Ariane, geäußert. Sie wirft China Dumping beim Start von Satelliten vor und hat juristische Schritte gegen die französische Regierung und die

europäische Raumfahrtagentur eingeleitet, die verhindern sollen, daß der Satellit für ArabSat nach China geliefert wird. Obwohl diese Satelliten vor allem vom amerikanischen Unternehmen Ford Aerospace hergestellt werden, war Aerospatiale in Frankreich für ihre Endmontage verantwortlich, weshalb der Satellit gegenwärtig in Südfrankreich gelagert wird.

Ob Dumping oder nicht - eines kann kaum in Frage gestellt werden: daß die Kosten der Starts in China niedriger sind, weil z.B. die Löhne sehr weit unter dem westlichen Niveau liegen. Ein genauer Vergleich würde ohnehin zeigen, daß auch alle anderen Konkurrenten und damit alle Raketenhersteller der Welt in irgendeiner Weise Subventionen erhalten, etwa in Form von Rüstungsaufträgen oder Abschreibungshilfen für Entwicklungskosten.

Vorausgesetzt, daß nicht politische Interventionen das Geschäft verderben, könnte China jedoch auch dann weitere Kunden gewinnen, wenn seine Preise nur wenige Prozentpunkte unter denen der europäischen und amerikanischen Konkurrenten liegen würden. Mit ihrem Raketenmodell "Langer Marsch 3" hat die VR China nun sieben erfolgreiche Starts hintereinander absolviert; der einzige fehlgeschlagene Versuch war der erste im Jahre 1984. Die Raketen haben, sowohl von der Ausführung und Verarbeitung her einfach, fortgeschrittenen technischen Standard. Die Chinesen haben ihre hochwirksamen Flüssiggastriebwerke für Sauerstoff und Wasserstoff für die oberen Raketenstufen vervollkommen. Sie liegen damit vor ihren sowjetischen und japanischen Konkurrenten und zurück nur hinter Amerika und Europa.

Bisher hat zwar die Rakete "Langer Marsch 3" nur kleine und mittelgroße Satelliten befördert. Doch eine stärkere Version soll vor Jahresende zum erstenmal gestartet werden. Ihre Tragkraft wäre vergleichbar mit den größeren Versionen von Ariane und mit den meisten Raketen der amerikanischen Konkurrenz. (FAZ, 6.7.90) -lou-

*(35)

Werbefeldzug für Ansiedlung von Banken in Shanghai

Die Börse in Shanghai wird ausgebaut. Ausländische Banken sollen zur Eröffnung von Niederlassungen gelockt werden. Dies erklärte der Bürgermeister von Shanghai, Zhu Rongji, in Hongkong.

Zhu, der den Reformern zugerechnet werden kann, unternahm eine ungewöhnlich aufwendige Werbetour für seine Stadt durch Hongkong und Singapur. Zhu hielt u.a. Reden vor Vertretern von 65 Banken in Hongkong und dem Auslandspresseclub.

Bislang haben nur vier Banken Büros in Shanghai, die auch schon vor 1949 in der Stadt präsent waren, darunter das Traditionsinstitut Hongkong and Shanghai Banking Corporation. Nun sieht sich die Stadt nach den Worten des Bürgermeisters "einer Flut" von Anträgen europäischer, amerikanischer und japanischer Banken gegenüber. Man werde unter dem Kriterium "langfristige Beziehungen" auswählen.

Das Geschäftsfeld der ausländischen Banken solle nicht nur für die geplante Sonderwirtschafts- und Freihandelszone Pudong am Huanpu gelten, sondern für die ganze Stadt. Die Stadt Shanghai habe den Antrag bei der Volksbank gestellt, für ausländische Bankinstitute in Shanghai Steuerregeln anzuwenden, wie sie in den anderen Sonderwirtschaftszonen Chinas gelten.

Bei der Frage, welchen Geschäftsbereich überhaupt ausländische Banken abwickeln könnten, ist man freilich eher unbestimmt: Das Kreditgeschäft und den Handel mit der Lokalwährung sollen die ausländischen Banken nicht führen dürfen. Sie sollen auf Geschäfte in Fremdwährung sowohl von chinesischen Staatsfirmen als auch Joint Venture-Unternehmen beschränkt bleiben. Dieses Geschäft wird z.Z. meist über Hongkong abgewickelt.

Zu den Erweiterungsplänen der Shanghai Börse sagte der Bürgermeister, daß ein Central Stock Exchange vor Ende des Jahres 1990 in Shanghai eröffnet werden soll. Im ersten Stadium sollen nur Bonds gehandelt werden, Aktienhandel solle später folgen. Die Hongkonger Wertpapierfirma Sun Hung Kai mit Sitz an der Börse in Hongkong prüft gegenwärtig die Börsenpläne und überlegt, sich als erstes Börsenhaus in Shanghai zu etablieren.

Bürgermeister Zhu kündigte auch Pläne an, die Hochhäuser entlang dem Bund - der Hafenfront von Shanghai -, wo vor der Revolution die später enteigneten Banken residierten, wieder den ursprünglichen Besitzern zugänglich zu machen. In Hochhäusern aus den 30er Jahren am Bund seien jetzt

Behördenbüros der Stadt untergebracht, die "dort nicht hingehören". Zhu wurde freilich während der Pressekonzferenz in Hongkong daran erinnert, daß der Bürgermeister selber seinen offiziellen Amtssitz im ehemaligen Haus der Hongkong and Shanghai Banking Corporation habe, wo sich die Kommunisten nach dem Rauswurf der Banken 1949 als Mieter einquartiert hatten.

Die Banken in Hongkong haben die Ausführungen des Bürgermeisters zur Revitalisierung des Bankenplatzes Shanghai mit Interesse, aber auch mit Skepsis zur Kenntnis genommen. Man befürchtet, daß in Shanghai nichts als Spesen anfallen werden, daß den Banken die Hände gebunden sind und die Restriktionen zu groß sind. Ein seit langem existierender Plan der deutschen DG-Bank, in der Sonderwirtschaftszone Xiamen eine Niederlassung als Joint Venture mit einer chinesischen Bank aufzumachen, liegt seit geraumer Zeit auf Eis, da auch in diesem Falle die Lokalbehörden nicht halten konnten, was sie versprochen hatten. Die Regionalstädte Chinas machen oft zu schnell Versprechungen gegenüber ausländischen Investoren, die der offiziellen Politik in Beijing zuwiderlaufen.

Die Visite des Bürgermeisters von Shanghai in Hongkong und Singapur hatte denn auch eher politische Bedeutung: Die Reformer in China haben sich zu Wort gemeldet und ein weiteres Mal die Widersprüche in der Führung über die Öffnungspolitik Chinas deutlich erscheinen lassen. Zhu hat als einziger Politiker Chinas einen "internationalen Beraterkreis" von 18 führenden Firmenchefs, dem als einziger Deutscher der Chef der Westdeutschen Landesbank, Friedel Neuber, angehört. (HB, 20.6.90) -lou-

*(36)

Zwischenlösung für Hermes-Bürgschaften geplant

Die deutsche Exportwirtschaft, die am China-Geschäft beteiligt ist, fordert von Bonn Entscheidungen über die Absicherung von Ausfuhrkrediten. Seit den blutigen Ereignissen vor einem Jahr sind Hermes-Bürgschaften gesperrt. Die deutschen Exporteure sehen sich dadurch diskriminiert. Sie verweisen darauf, daß die staatliche

Exportkreditversicherung in allen Konkurrenzländern wieder freigegeben worden ist. Es gibt inzwischen jedoch Hinweise, daß die Bundesregierung eine Zwischenlösung für die Risikoabdeckung für China in der Weise plant, daß Altgeschäfte versichert werden. Dabei handelt es sich um Geschäfte, die vor dem Juni 1989 ausgehandelt waren und für die eine grundsätzliche Zusage vorlag, daß die Finanzierung staatlich abgesichert werde.

Der Staatssekretär im Entwicklungsministerium, Siegfried Lengl, hatte bereits Anfang April 1990 vor dem Ostausschuß der deutschen Wirtschaft den Eindruck erweckt, als werde das China-Geschäft wieder verbürgt. Lengl mußte sich dahingehend korrigieren, daß er nur von Absichten in der Bundesregierung gesprochen habe. Die Zustimmung des Auswärtigen Amtes und des Wirtschaftsministeriums ist jedoch bis heute ausgeblieben. Die Verpflichtungen, die Bonn bereits für Hermes-Bürgschaften im China-Geschäft übernommen hat, belaufen sich auf 3,74 Mrd.DM.

Mit einer Freigabe der Hermes-Bürgschaften für China generell kann die Exportwirtschaft nicht rechnen, die Bundesregierung will das offenbar zu diesem Zeitpunkt auch noch nicht entscheiden. Selbst wenn sie es wollte, stünde dem ein Beschluß des Bundestages entgegen. Im Bundestag ist auch noch keine Mehrheit erkennbar, den Beschluß aufzuheben, daß neue Kapitalhilfen in der Entwicklungszusammenarbeit und Hermes-Bürgschaften auszusetzen seien. Vor der Sommerpause will sich der Auswärtige Ausschuß noch einmal mit diesem Konflikt zwischen Politik und Kommerz befassen.

In einer internen Übersicht der Bundesregierung bestätigt sich, daß nur die Bundesrepublik zusammen mit Norwegen die Sperre für China-Bürgschaften strikt aufrechterhalten hat. Die meisten Regierungen haben sich für eine partielle Freigabe entschieden. So ist die Deckung kurzfristiger Geschäfte von Australien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Hongkong, Japan, Kanada, den Niederlanden und Zypern freigegeben worden. Für einen Teil der Länder gibt es auch von Fall zu Fall bei mittel- und langfristigen Krediten eine Deckung. Belgien gewährt Garantien innerhalb eines bestimmten Plafonds.

Eine begrenzte Deckung gilt für die Schweiz. Unbegrenzt werden Bürgschaften von Großbritannien, Italien, Österreich, Schweden, Spanien und den Vereinigten Staaten gewährt. Die Vereinbarungen in der Europäischen Gemeinschaft gestatteten es, wie es in Bonn heißt, in der Bürgschaftsvergabe für China flexibler zu verfahren.

Von wirtschaftlichem Interesse wäre im Augenblick hauptsächlich die Deckung für kurzfristige Kredite mit einer Laufzeit bis zu 360 Tagen. Wenn die Bundesregierung die Deckung für Altgeschäfte freigäbe, beträfe das einige Aufträge. Der größte davon mit einem Wert von 160 Mio.DM ist von der SMS Schloemann-Siemag AG für ein Aluminium-Warmbandwalzwerk vereinbart. (FAZ, 13.6.90; vgl. auch C.a., April 1990, S.271) -lou-

Binnenwirtschaft

*(37)

Subventionen belasten den Staat

Die Zeitung *Finanznachrichten* beantwortete kürzlich eine Frage, die sich ausländische Besucher von städtischen chinesischen Haushalten fragen, nämlich: Warum gibt es in einem so armen Land wie China so viele elektronische Geräte, wie beispielsweise Farbfernsehgeräte? Dies ist in einem großen Ausmaße das Ergebnis von Regierungssubventionen an die städtischen Einwohner. Wegen der Regierungssubventionen brauchen städtische Bewohner nicht so viel für Miete, medizinische Behandlung, Transport, Wasser und Elektrizität und ähnliches zu zahlen. Sie können sich deswegen auf hochwertige dauerhafte Konsumgüter konzentrieren. Die finanzielle Belastung des Staates durch diese Subventionen sind indes immer schwerer zu verkraften.

Aufgrund von Statistiken ergibt sich, daß die Preissubventionen der Regierung oder Subventionen mit dem Ziel, die Wirkungen von Preiserhöhungen einiger Güter zu kompensieren oder den Verkaufspreis anderer Güter zu reduzieren, von ca. 1,1 Mrd.Yuan im Jahre 1987 auf 31,6 Mrd.Yuan im Jahre 1988 zunahmen. Die jährliche